Karin Hunn

»Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«

Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik

Wallstein

Karin Hunn

»Nächstes Jahr kehren wir zurück …«

MODERNE ZEIT

Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte
des 19. und 20. Jahrhunderts

Band XI

Herausgegeben von
Ulrich Herbert und Lutz Raphael

Karin Hunn

»Nächstes Jahr kehren wir zurück …«

Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik

WALLSTEIN VERLAG

Gefördert von der VolkswagenStiftung

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2005
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann
unter Verwendung einer Fotografie:
türkische Bergleute bei ihrer Ankunft
im November 1961 in Düsseldorf.
© dpa - Bildarchiv
Druck: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 3-89244-945-7

Inhalt

Einleitung 9

I. Anwerbung, Beschäftigung und Alltag türkischer »Gastarbeiter«: Erwartungen und Erfahrungen (1961-1966/67) 29

Die deutsch-türkische Anwerbevereinbarung 29
Vorgeschichte, Hintergründe und Interessen 33
Verhandlungen und Ergebnisse 47
Die Neufassung der deutsch-türkischen Vereinbarung von 1964 59
Der Weg nach Deutschland 71
Charakteristika und Migrationsmotive türkischer Arbeitsmigranten 71
Die Organisation und Durchführung des Anwerbeverfahrens 79
Arbeiten und Leben in Deutschland 100
Die türkischen Arbeitsmigranten und ihre Arbeitgeber . . 101
Die türkischen Arbeitsmigranten und die deutschen Gewerkschaften 120
Die türkischen Arbeitsmigranten und die deutsche Gesellschaft 136
Die Rezession von 1966/67: Auswirkungen und Reaktionen . . 188
Bilanz 203

2. Transformationen zwischen Hochkonjunktur und Anwerbestopp (1968-1973) 207

Arbeitswelten türkischer Migranten während der Hochkonjunktur 212
Türkische Arbeitsmigranten im Steinkohlenbergbau 218

Türkische Arbeitsmigranten in der Metallindustrie: Das Beispiel Ford 237
Grauzone Schwarzarbeit: Die türkischen »Touristenarbeiter« und die Debatte über ihre Legalisierung 261
Zwischenbilanz 275
Der gesellschaftspolitische Richtungsstreit über die bundesdeutsche Ausländer-(beschäftigungs-)politik 277
Vom »Gastarbeiter« zum »Mitbürger«? 282
Die türkischen Migranten vis-à-vis der bundesdeutschen und der türkischen (Migrations-)Politik 304
Der Anwerbestopp: Auswirkungen und Reaktionen 328
Bilanz 339

3. Einwanderer wider Willen in einem Einwanderungsland wider Willen: Vom Anwerbestopp bis zum Ende der 1970er Jahre 343

Die Beschäftigungssituation türkischer Arbeitnehmer nach dem Boom 347
Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Folgen des Anwerbestopps. 347
Handlungsspielräume und -strategien türkischer Arbeitsmigranten in der Krise 357
Zwischen Begrenzung und Integration: Die bundesdeutsche Ausländerpolitik und die türkischen Migranten 371
1973-1977: Ausländerpolitische »Konsolidierungs«-Versuche: Begrenzung statt Integration? 371
Reaktionen der türkischen Migranten auf die »Konsolidierungspolitik«: Zwischen Resignation, Protest und Selbstorganisation 386
1978-1980: Die These vom »Nichteinwanderungsland« auf dem Prüfstand 399

Türkische Einwanderer- und deutsche Aufnahmegesellschaft: Koalitionen und Konfrontationen 408
Veränderungsprozesse innerhalb der türkischen Einwanderergesellschaft 408
Hintergründe und Ursachen des Konflikts um den Islam in der Bundesrepublik 423
Bilanz 447

4. Im Zeichen der »Rückkehrförderung« (1981-1984) 451

Ausländerpolitik in der Krise 454
Integration durch Begrenzung? 459
Die Entstehung des Rückkehrförderungsgesetzes 470
Die Auswirkungen der Rückkehrförderungspolitik auf die Beschäftigungs- und innerbetriebliche Situation der türkischen Arbeitnehmer 478
Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft: Zwischen »Türken raus« und der Vision von der »multikulturellen Gesellschaft« 492
»Zurückgehen oder nicht zurückgehen – was fällt wohl schwerer?« – Die Reaktionen der türkischen Migranten 507
Bilanz 525

Schlussbetrachtung 528
Ausblick: Die Entwicklung des Integrationsprozesses bis zum Ende der neunziger Jahre 542

Abkürzungen 565
Quellen und Literatur 568
Dank 598

Einleitung

> »Nachträglich lässt sich sagen, dass mit der Anwerbepolitik seit 1960 eine der wichtigsten Grundentscheidungen der Bundesrepublik gefallen ist, die sich dem Range nach nur mit dem Beitritt zur Nato oder der europäischen Integration vergleichen lässt.«[1]

Diese Bewertung aus einer ausländerpolitischen Denkschrift der Arbeiterwohlfahrt von 1979 weist der Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte eine historische Relevanz zu, die von der bundesdeutschen Politik, Gesellschaft und auch von der Geschichtsschreibung bis in die neunziger Jahre weitgehend ignoriert wurde. Dieser Sachverhalt macht bereits deutlich, wie schwer sich die Bundesrepublik mit der dauerhaften Anwesenheit der unter der Prämisse eines begrenzten Aufenthalts ins Land geholten Arbeitskräfte tat. Die jahrzehntelange Verweigerung der politisch Verantwortlichen, den ungeplanten Daueraufenthalt der einstigen »Gastarbeiter«[2] als das anzuerkennen, was er war, nämlich eine nicht mehr rückgängig zu machende Einwanderung, führte dazu, dass die ausländischen Arbeitsmigranten primär als Objekte politischen und pädagogischen Handelns, nicht aber als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft wahrgenommen wurden. Ihre gesellschaftliche Randposition spiegelte sich auch in der Wissenschaft wider: Die ehemaligen »Gastarbeiter« und ihre Kinder wurden Gegenstand zahlreicher soziologischer und pädagogischer Untersuchungen und Problemstudien; sie wurden aber bislang kaum als zur bundesdeutschen Geschichte zugehörig betrachtet.[3] Erst in den letzten Jahren ist hier ein Wandel im Gange, der sich in einer Reihe neuerer Aufsätze und Untersuchungen aus politik-,

1 Grundpositionen, S. 4.

2 Der Begriff »Gastarbeiter« bezeichnet diejenigen ausländischen Arbeitskräfte, die von der Mitte der fünfziger Jahre bis zum Anwerbestopp im Jahre 1973 von der bundesdeutschen Wirtschaft angeworben wurden. Diente er anfangs der positiven Abgrenzung vom historisch belasteten Begriff »Fremdarbeiter«, so erlangte er in dem Maße, in dem aus den »Gastarbeitern« Einwanderer wurden, eine pejorative Bedeutung. Um zu markieren, dass es sich um einen historischen Begriff handelt, wird er in Anführungszeichen gesetzt.

3 Vgl. Rieker, Heimat, S. 13; Motte/Ohliger/Oswald (Hg.), 50 Jahre, S. 13; Schönwälder, Einwanderung, S. 22.

sozial-, alltags-, geschlechter- und unternehmensgeschichtlicher Perspektive manifestiert.[4]

Besonders stark ausgeprägt war die gesellschaftliche Ausgrenzung und die soziologisch-pädagogische Problemanalyse im Falle der Arbeitsmigranten aus der Türkei.[5] Zum einen wurde ihre Niederlassung und Einwanderung eben nicht, wie im Falle der Italiener, Spanier, Griechen oder Portugiesen, als zwangsläufiger Bestandteil der weitgehend akzeptierten europäischen Integration wahrgenommen; zum anderen kamen sie aus einem Land, dessen Gesellschaft und Kultur trotz des von Mustafa Kemal Atatürk vorgegebenen und in der Folge auch beibehaltenen Verwestlichungskurses von der islamischen Religion und Kultur geprägt waren und sind.[6] Zwar wurde der außenpolitisch und geostrategisch bedeutenden Türkei mit dem Assoziierungsabkommen aus dem Jahre 1963 durchaus die Option auf eine vollwertige Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) inklusive Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeräumt, diese optimistische Weichenstellung erwies sich aber gerade für die Bundesrepublik, die mit Abstand das wichtigste europäische Wanderungsziel türkischer Migranten darstellte, schon nach einem knappen Jahrzehnt als schwerwiegende Hypothek.[7] Die sozialen Auswirkungen der ungebremsten Anwerbung insbesondere türkischer Arbeitskräfte im Zuge der Hoch-

4 Zu nennen sind hier insbesondere Dunkel, 50 Mark; Schönwälder, Einwanderung; Sonnenberger, Migrationspolitik; Herbert/Hunn, Beschäftigung; Oswald/Schmidt, Schichtende; Motte, Freiwilligkeit; Müller, Türken; Oswald, Volkswagen; Mattes, Hindernisse, sowie dies., Verhältnis. Zur Migration aus der Türkei vgl. insbesondere die Aufsätze in Eryılmaz/Jamin (Hg.), Heimat, sowie Hunn, Beziehungen; zur Einwanderung aus Italien vgl. Rieker, Heimat.

5 Zur wissenschaftlichen Behandlung der türkischen Migranten und Migrantinnen sowie vor allem auch der Angehörigen der zweiten Generation vgl. Gümen, Konstruktion, S. 82 f., sowie die Bibliographien von Boos-Nünning (Hg.), Migration; Schulz, Arbeitsmigrantinnen; Reuter/Dodenhoeft, Arbeitsmigration; Vink, Arbeiter; Weidacher/Lopéz-Blasco, Ausländerpolitik.

6 Vgl. Heper/Öncü/Kramer (Hg.), Turkey; Seufert, Café Istanbul; Steinbach, Türkei.

7 Die in dieser Untersuchung verwendete Bezeichnung »türkische Migranten« bezieht sich je nach Kontext sowohl auf beide Geschlechter oder eben nur auf die männlichen Migranten. Der besseren Lesbarkeit halber wird zudem darauf verzichtet, der politischen Korrektheit Genüge zu tun und an Stelle von »türkischen Migranten« durchgängig von »Migranten aus der Türkei« zu sprechen. Es sei deshalb ausdrücklich betont, dass mit dem Adjektiv »türkisch« in diesem Zusammenhang nicht die ethnische Identität, sondern die geographische und nationale Herkunft der Migranten gemeint ist.

konjunktur (1968-1973), die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen nach der Ölkrise im Jahre 1973 und der anhaltende Familiennachzug aus der Türkei führten dazu, dass aus der ab 1976 geplanten schrittweisen Verwirklichung der Freizügigkeit türkischer Staatsangehöriger innerhalb der EG Ängste und Befürchtungen erwuchsen, die die gesellschaftliche Integration und Anerkennung der in der Bundesrepublik lebenden türkischen Staatsangehörigen erheblich erschwerten.[8]

Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Geschichte der Männer und Frauen, die sich in den sechziger und frühen siebziger Jahren aus der Türkei in die Bundesrepublik aufmachten, vielfach entgegen ihrer ursprünglichen Absicht in diesem Land blieben und zur ethnischen und kulturellen Pluralisierung der bundesdeutschen Gesellschaft beigetragen haben, als Teil der bundesdeutschen Geschichte ins Bewusstsein zu rücken. Ziel ist es, die ersten 25 Jahre dieses Einwanderungsprozesses zu rekonstruieren und zu erklären, warum dieser Prozess für beide Seiten, also für die türkischen Migrantinnen und Migranten sowie auch für die bundesdeutsche Bevölkerung so schwierige und bis in die Gegenwart hineinragende Herausforderungen mit sich brachte.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es einer systematischen und zusammenhängenden Analyse derjenigen Faktoren, die für die Entwicklung dieses Prozesses entscheidend waren. Deshalb macht diese Untersuchung nicht nur die bundesdeutsche, sondern auch die türkische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zum Gegenstand, die wiederum mit der Lebenswirklichkeit der türkischen Migranten verbunden werden. Ich orientiere mich damit am Konzept der Gesellschaftsgeschichte, das es ermöglichen soll, sowohl die länger- und kurzfristig wirkenden Rahmenbedingungen des Einwanderungsprozesses als auch die Handlungsspielräume und -strategien, die die verschiedenen Akteure angesichts der auftretenden, zum Teil gesellschaftlich definierten Problemlagen entwickelt haben, in den Blick zu nehmen.[9] Dieser inhaltliche und methodische Zuschnitt bietet nicht zuletzt auch die Chance, die kulturellen Dimensionen und Implikationen des Einwanderungsprozesses näher bestimmen und in ihrer Dynamik, Kontextabhängigkeit und Funktionalität erfassen zu können.

8 Zum Assoziierungsabkommen von 1963 und dessen rechtlichen und außenpolitischen Implikationen vgl. Gümrükçü, EU-Türkei-Beziehungen.

9 Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 6-12; Welskopp, Sozialgeschichte, S. 173-198.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom Beginn der staatlich geregelten Anwerbung türkischer Arbeitskräfte im Jahre 1961 bis in die Mitte der achtziger Jahre, als nach Ablauf des Rückkehrförderungsgesetzes im Juni 1984 deutlich geworden war, dass sich die Einwanderung der türkischen Arbeitsmigranten auch mittels finanzieller Anreize nicht mehr rückgängig machen ließe. Gleichzeitig verlagerte sich die Ausländerdebatte ab Mitte der achtziger Jahre von den Arbeitsmigranten auf die Asylbewerber – eine Entwicklung, die nicht nur mit der damals wieder ansteigenden Zahl von Asylflüchtlingen, sondern auch damit zusammenhing, dass der ausländerpolitische Handlungsspielraum bei dieser Ausländergruppe noch deutlich größer war.[10] Da die Integration der in Deutschland lebenden Türken zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keineswegs abgeschlossen war, schließt die Untersuchung mit einem Ausblick auf die Entwicklung bis zum Ende der neunziger Jahre.

Entsprechend dem historischen Verlauf der Einwanderung aus der Türkei liegt der Schwerpunkt dieses Buches auf den Arbeitsmigranten der ersten Generation. Diese bestand weit überwiegend aus »ledigge-henden« Männern, deren Frauen und Kinder erst nachträglich in die Bundesrepublik eingereist sind. Letztere finden vor allem insofern Berücksichtigung, als sie für die Entwicklung der türkischen Einwandergesellschaft und die Gestaltung beziehungsweise Problemdefinition der Ausländerpolitik eine zentrale Rolle gespielt haben.

Der aus der oben formulierten Fragestellung resultierende zeitliche, inhaltliche und methodische Zuschnitt der Arbeit würde keinen Sinn machen, wenn dabei nicht auf eine Vielzahl von Untersuchungen und Spezialstudien zurückgegriffen werden könnte, die durch eigene Forschungsergebnisse in bisher ungenügend oder gar nicht untersuchten Bereichen ergänzt werden. Was die bereits vorliegenden Untersuchungen betrifft, so ist zu berücksichtigen, dass gerade die im Zuge des politischen Bedeutungszuwachses der Ausländerbeschäftigung entstandenen Arbeiten der siebziger und frühen achtziger Jahre vielfach auf aktuelle Problemlagen und -definitionen reagierten. Sie sind deshalb in ihrem Entstehungskontext zu betrachten und im historischen Verlauf der Einwanderung zu verorten. Das gilt vor allem für die kaum zu überblickende Vielzahl sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, die zu einem Großteil der »Ausländer-Auftragsforschung« zuzurechnen sind.[11] Wie mittlerweile vielfach kritisch bemerkt und untersucht wurde, waren deren Frage-

10 Vgl. Migration und Integration, S. 49 und 274 f., sowie Bade, Ausländer, S. 31.
11 Treibel, Engagement, S. 28.

stellungen und Ergebnisse genauso wie die Ausländer-Sozialberatung und -pädagogik in hohem Maße von den »strukturell und politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen« abhängig.[12] Dieser Sachverhalt lässt sich besonders deutlich an der im Laufe der siebziger Jahre intensivierten politischen Diskussion über Eingliederungs- und Integrationskonzepte und der in ihrer Folge wachsenden Zahl von Publikationen ablesen, die sich mit den soziokulturellen Integrationsproblemen ausländischer Arbeitnehmerfamilien auseinander setzten.[13] Die Berücksichtigung der Kontextgebundenheit nicht nur dieser Literatur, sondern auch des darin verwendeten Begriffs der Integration ist gerade auch deshalb notwendig, um zwischen der Eigenschaft dieses Begriffs als ausländerpolitischer Zielvorgabe und seiner Funktion als analytischer Kategorie (die für die Untersuchung von Einwanderungsprozessen unverzichtbar ist) unterscheiden zu können.

Den im Hinblick auf die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« wohl mit Abstand am besten erforschten Bereich bildet die bundesdeutsche Ausländerpolitik. Hier kann zum einen auf die in den späten siebziger und in den achtziger Jahren erschienenen Arbeiten von Bade, Bethlehem, Dohse, Herbert, Huber/Unger und Meier-Braun hingewiesen werden, die auf der Basis vor allem publizierter Quellen einen Überblick über die Entwicklung dieses Politikfeldes sowie der arbeits- und ausländerrechtlichen Gestaltung der Ausländerbeschäftigung vermitteln.[14] Sie wurden mittlerweile durch eine Reihe neuerer Überblicksdarstellungen sowohl in inhaltlicher als auch zeitlicher Hinsicht ergänzt.[15] Zum anderen ist seit den neunziger Jahren eine größere Zahl von Studien erschienen, deren Entstehung in Zusammenhang mit den mittlerweile abgelaufenen Sperrfristen für einschlägige Akten zur Ausländerpolitik zu sehen ist. Die dadurch verbreiterte Quellenbasis ermöglichte es, das Augen-

12 Bielefeld, Ausländer, S. 24. Vgl. auch Boos-Nünning (Hg.), Migration, S. 35; Puskeppeleit/Thränhardt, Ausländer, S. 11 f. und 91-130, sowie insgesamt Griese (Hg.), Fremde, und Czock, Ausländerpädagogik.

13 Vgl. Treibel, Engagement, S. 37.

14 Vgl. Bade, Auswanderungsland; Bethlehem, Heimatvertreibung; Dohse, Arbeiter; Herbert, Ausländerbeschäftigung; Huber/Unger, Determinanten, sowie Meier-Braun, Integration, der sich auch mit der Ausländerpolitik der Bundesländer, allen voran Baden-Württemberg, auseinandersetzt. Zur näheren Charakterisierung dieser Arbeiten vgl. Schönwälder, Einwanderung, S. 21; Rieker, Heimat, S. 13 f., sowie Sonnenberger, Migrationspolitik, S. 14-17.

15 Vgl. Pagenstecher, Ausländerpolitik; Bade, Ausländer; Herbert, Ausländerpolitik; Meier-Braun, Deutschland.

merk stärker auf die Genese der bundesdeutschen Ausländer-(beschäftigungs-)politik und deren Abhängigkeit von anderen Politikbereichen wie insbesondere der Außenpolitik zu richten, was nicht nur zu einer differenzierteren Betrachtung, sondern teilweise auch zu einer Neubewertung führte.[16] Das gilt beispielsweise für die Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den einzelnen Anwerbeländern, deren Zustandekommen und inhaltliche Ausgestaltung keineswegs nur dem wachsenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften in der bundesdeutschen Wirtschaft entsprang. Diese Feststellung trifft in besonderem Maße auf das deutsch-türkische Anwerbeabkommen vom Oktober 1961 zu, das erstmals in der Arbeit von Steinert und in der Folge in einem einschlägigen Aufsatz von Jamin untersucht wurde.[17] Auch führten die neueren Untersuchungen zur Ausländer-(beschäftigungs-)politik zu dem Ergebnis, dass – anders als zumeist dargestellt – die politischen und sozialen Folgen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in der Frühphase der Ausländerbeschäftigung durchaus erkannt und diskutiert wurden.[18] Dass aber auch die frühen siebziger Jahre in einem neuen Licht zu sehen sind, zeigt die bis ins Jahr 1973 reichende Untersuchung von Schönwälder, die gezeigt hat, dass der ausländerpolitische Handlungsspielraum in dieser Phase sehr viel größer war als bislang angenommen.[19] Weiterhin zu erwähnen sind die fast zeitgleich entstandenen Aufsätze von Herbert/Hunn zur bundesdeutschen Ausländer- und Asylpolitik von 1945 bis 1994, die im Rahmen der vom Bundsarbeitsministerium und vom Bundesarchiv herausgegebenen *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945* erschienen sind oder noch erscheinen werden. Die an dieses Projekt gebundene Aufhebung der Sperrfrist für die Bestände des Bundesarchivs machte es möglich, die aktengestützte Darstellung und Analyse der bundesdeutschen Ausländerpolitik bis in die neunziger Jahre fortzuführen und insbesondere zu erklären, warum es die Bundesregierung weder vermochte, die

16 Vgl. Steinert, Migration; Schönwälder, Einwanderung; Rieker, Heimat, und Sonnenberger, Migrationspolitik.

17 Vgl. Steinert, Migration, S. 305-310; Jamin, Anwerbevereinbarung, sowie auch Hunn, Beziehungen, S. 147-150. Zur Vorgeschichte der Anwerbevereinbarung sowie zu deren Umsetzung vgl. vor allem Eryılmaz, Arbeiter, und Jamin, Anwerbung. Da das Zustandekommen der Anwerbevereinbarung in der vorliegenden Untersuchung ausführlich analysiert wird, wird an dieser Stelle auf eine Diskussion des Forschungsstandes verzichtet.

18 Vgl. insbesondere Schönwälder, Einwanderung, S. 216, und Sonnenberger, Migrationspolitik, S. 447.

19 Vgl. Schönwälder, Einwanderung, S. 634.

unerwünschte Einwanderung von Nicht-EG-Ausländern zu verhindern, noch, die rechtlichen und politischen Konsequenzen aus der dauerhaften Anwesenheit der Migranten zu ziehen.[20]

Während die bundesdeutsche Ausländer-(beschäftigungs-)politik hinreichend gut erforscht ist, stellt die türkische Migrationspolitik immer noch ein wichtiges Forschungsdesiderat dar.[21] Bislang beschränken sich die Veröffentlichungen zu diesem Thema auf knappe Hinweise in verschiedenen Aufsätzen oder Monographien. Sehr instruktiv sind die Ausführungen von Abadan-Unat/Ünsal, die nicht nur auf das Fehlen einer auch nur ansatzweise koordinierten Migrationspolitik, sondern auch auf eine der wichtigsten strukturellen Ursachen dieses Defizits, nämlich die instabile und von Diskontinuität geprägte türkische Innenpolitik hinweisen.[22]

Die Tatsache, dass sich die türkische Regierung auch längerfristig sehr viel mehr für die wirtschaftliche als für die soziale Dimension der Arbeitskräfteentsendung interessierte, spiegelt sich in der vergleichsweise großen Zahl sowohl zeitgenössischer als auch neuerer Aufsätze und Studien zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitskräfteentsendung wider.[23] Darin werden oft auch die in vieler Hinsicht negativen sozioökonomischen Folgen der Auslandsmigration sowie der Remigration der

20 Vgl. Herbert/Hunn/Hoffmann, Beschäftigung, sowie Herbert/Hunn, Beschäftigung.

21 Dieser Umstand dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass es keine türkische Entsprechung zum deutschen Bundesarchiv gibt. Ministerialakten aus der Zeit der türkischen Republik sind ohne persönliche Kontakte vor Ort nicht zugänglich.

22 Vgl. Abadan-Unat/Ünsal, Migration, S. 43-98. Vgl. auch Geiger, Herkunftsbedingungen, S. 55-82, dessen Ausführungen zur türkischen Migrationspolitik weitgehend dem zuvor genannten Beitrag entnommen sind. Vgl. weiterhin Akre, Structures; Hunn, Beziehungen; Keçik, Minderheit; Özdoğan, Standpunkt, wo u. a. auf die Haltung der türkischen Regierung gegenüber der bundesdeutschen Rückkehrförderungs- und Integrationspolitik eingegangen wird, sowie der kurze Abriss von Yalçintaş zur auswärtigen Kulturpolitik der Türkei, der sich allerdings weitgehend auf eine Aufzählung der auf diesem Gebiet tätigen türkischen Institutionen beschränkt (vgl. ders., Jahrtausenderbe).

23 Vgl. z. B. Amaz, Migration; Gümrükçü, Beschäftigung; Paine, Workers; Şen, Arbeitnehmergesellschaften, sowie insgesamt den von Abadan-Unat herausgegebenen Sammelband Turkish Workers in Europe, der mehrere Aufsätze zur wirtschaftlichen Dimension enthält. Vgl. auch Zadil, Auswirkungen, dessen Schwerpunkt ebenfalls auf wirtschaftlichen Aspekten liegt.

Auslandarbeiter beleuchtet.[24] Aufschluss über die gesellschaftliche Wahrnehmung der Arbeitskräfteentsendung geben die Untersuchungen von Abadan-Unat und Abadan-Unat/Ünsal.[25] Letztere weisen insbesondere auch auf die von den türkischen Gewerkschaften vertretenen Positionen zur Auslandsmigration und auf deren Anfang der siebziger Jahre einsetzende Zusammenarbeit mit den bundesdeutschen Gewerkschaften hin. Diese Kooperation, die Abadan-Unat/Ünsal zufolge keineswegs gleichberechtigt war, sondern eher den Charakter eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses besaß, spielte sich anfangs vor allem auf der Ebene der beiden Gewerkschaftsbünde Türk-İṣ und DGB ab.[26] Inwiefern diese Kooperation einen positiven Einfluss auf die Interessenvertretung der türkischen Migranten durch die bundesdeutschen Gewerkschaften hatte, bleibt in dieser Darstellung offen. Informativer in dieser Hinsicht ist die neuere Darstellung von Treichler zur Rolle der deutschen Gewerkschaften bei der Regulation transnationaler Migrationen, in der die Kooperation zwischen dem DGB und dem Türk-İṣ näher beleuchtet wird.[27]

Die zentrale Frage der gewerkschaftlichen und betrieblichen Integration türkischer Arbeitsmigranten, die untrennbar mit ihrer Funktion und Stellung auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt verbunden ist, wurde bislang ebenfalls nur punktuell untersucht. Zu nennen ist hier vor allem die Arbeit von Kleff, der diesen Themenkomplex unter anderem anhand verschiedener Streiks türkischer Arbeitnehmer wie dem Kölner Ford-Streik vom August 1973 analysiert. Kleffs Studie, die unter Heranziehung insbesondere auch türkischer Zeitungsartikel ein breites Panorama der Lebenssituation im Aufnahmeland zeichnet, bleibt allerdings hinter ihrem Anspruch zurück, »die verschiedenen Phasen und Faktoren der kollektiven Lebensgeschichte türkischer Arbeitsmigranten einer prozessanalytischen Betrachtung«[28] unterzogen zu haben. Zum einen fehlt der Studie, die teilweise ins Populärwissenschaftliche abgleitet, die (zeitliche) Distanz zu ihrem Untersuchungsgegenstand, zum anderen liegt ihr Schwerpunkt auf den siebziger und frühen achtziger Jahren.

24 Vgl. z. B. Okyayuz, Interessen; Abadan-Unat/Keleṣ/Penninx u. a. (Hg.), Migration; Kudat/Gitmez, Emigration, sowie Gitmez, Reintegration.

25 Vgl. Abadan-Unat, Migration, S. 18 f.; Abadan-Unat/Ünsal, Migration, S. 43-98.

26 Vgl. ebd., S. 71-78 und 97.

27 Vgl. Treichler, Arbeitsmigration. Vgl. auch den kurzen Abriss bei Kleff, Bauern, S. 139-142.

28 Kleff, Bauern, S. 9.

Was die gewerkschaftliche und betriebliche Situation türkischer Arbeitsmigranten betrifft, so ist neben Kleff auf die vergleichende Untersuchung von Berg über Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau sowie auf die Arbeit von Geiger hinzuweisen, der ebenfalls am Beispiel des Kölner Fordstreiks die gewerkschaftliche Integration türkischer Arbeitnehmer beleuchtet.[29] Daneben gibt es eine Vielzahl allgemeinerer Darstellungen zur Funktion und Struktur der Ausländerbeschäftigung sowie zur Entwicklung der Interessenvertretung ausländischer Arbeitnehmer durch die bundesdeutschen Gewerkschaften, die für die vorliegende Untersuchung relevant sind.[30] Über die Handlungsstrategien, die die türkischen Arbeitnehmer im Laufe der Jahre zur Wahrnehmung ihrer Interessen entwickelten sowie über die Genese ihrer gewerkschaftlichen Integration geben diese Arbeiten allerdings kaum Aufschluss.

Die Organisation der türkischen Arbeitsmigranten außerhalb der Gewerkschaften ist sehr viel besser erforscht. Hier ist an erster Stelle die Untersuchung von Özcan zu nennen, die einen differenzierten Überblick über die Entwicklung der türkischen Migrantenorganisationen vermittelt. Die Studie ist vor allem auch deshalb aufschlussreich, weil sie diese Entwicklung sowohl im Zusammenhang mit den demographischen und strukturellen Veränderungsprozessen innerhalb der türkischen Einwanderergesellschaft als auch mit den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Türkei betrachtet. Darüber hinaus versucht sie, die organisatorischen, personellen und ideologischen Verflechtungen zwischen den Migrantenorganisationen und ihnen nahe stehender politischer Parteien sowie religiöser und weltanschaulicher Strömungen im Heimatland transparent zu machen.[31] Was jedoch die Basis oder Mitgliedschaft dieser Vereine betrifft, so beschränkt sich Özcan ähnlich wie der ebenfalls informative Überblick von Sezer/Thränhardt weitgehend auf quantitative Angaben.[32] Im Hinblick auf die religiösen beziehungsweise islamistischen Organisationen kann neben einigen stark interessengeleiteten, aber dennoch aufschlussreichen Veröffentlichungen der spä-

29 Berg, Polen; Geiger, Herkunftsbedingungen.

30 Vgl. z. B. Anagnostidis, Gewerkschaften; Budzinski, Erfahrungen; Castles/Kosack, Workers; Dohse, Arbeiter; Elsner, Fremdarbeiterpolitik; Fijalkowski, Gastarbeiter; Gaugler/Weber/Gille u. a., Ausländer; Heckmann, Bundesrepublik; Karahasan, Migrantinnen; Kontos, Verbandsstrategien; Papalekas (Hg.), Strukturfragen, sowie ders. (Hg.), Strukturwandel; Schäfer, Ausländerdiskriminierung.

31 Vgl. Özcan, Immigrantenorganisationen.

32 Vgl. Sezer/Thränhardt, Organisationen.

ten siebziger Jahre vor allem auf die Studie von Binswanger/Sipahioğlu sowie – für die lokale Ebene – auf die Untersuchungen von Blaschke und Schiffauer verwiesen werden.[33] Das breitere Spektrum der türkischen Vereinslandschaft wurde für den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie bislang vor allem am Beispiel Berlins und Frankfurts untersucht.[34] Ebenfalls von Bedeutung für die Entwicklung der türkischen Einwanderergesellschaft waren die Verbindungen und Netzwerke, die sich unterhalb dieser institutionalisierten Ebene ausgebildet haben. Wie Untersuchungen zur Kettenmigration und zur illegalen Zuwanderung von türkischen Arbeitsmigranten verdeutlichen, sind in diesem Zusammenhang nicht nur lokale und überregionale, sondern auch grenzüberschreitende Beziehungen zu berücksichtigen.[35]

Eine andere Form der Annäherung an die türkische Einwanderergesellschaft stellen die in den achtziger und frühen neunziger Jahren erschienenen ethnomethodologischen und biographiegeschichtlichen Untersuchungen dar, die durch das Einnehmen der Binnenperspektive zu einem besseren Verständnis der Einwanderer, ihrer Kultur und ihrer Probleme gelangen möchten. Zur Illustration dieser Ansätze kann auf die Arbeit von Straube verwiesen werden, der eine »ethnologische Auseinandersetzung« mit dem Thema »gerade deshalb geboten [erscheint], weil Türken einen gänzlich anderen historischen und kulturellen Hintergrund haben als westliche Industriestaaten«. Damit aber, so Straube, seien der »soziologischen Forschungsmethode Grenzen gesetzt«. Gegenstand ihrer Untersuchung sind »die Umbildungen in der bewusstseinsmäßigen Orientierung während der Auseinandersetzung mit der fremdartigen Erfahrungswelt im Gastland« sowie deren Auswirkungen auf die Migranten.[36] Auch wenn die Kenntnis der Sozialisation im Herkunftsland und

33 Vgl. DGB, Hintergründe; Türkische Organisationen; Abdullah, Koranschule: Binswanger/Sipahioğlu, Vereine; Blaschke, Islam, der sich primär auf Berlin bezieht, sowie Schiffauer, Weg, der die Situation in Augsburg beleuchtet. Vgl. weiterhin Gür, Vereinigungen, sowie Feindt-Riggers/Steinbach, Organisationen, deren Schwerpunkt aber auf den späten achtziger und neunziger Jahren liegt.

34 Vgl. Gitmez/Wilpert, Micro-Society; Breitenbach, Funktion; Schöneberg, Gastarbeiter; Martin, Volkshaus.

35 Vgl. z. B. Yücel, Workers; Wilpert, Use; Soysal, Workers; Straßburger, Migrantenkolonien. Vgl. weiterhin Faist, Spaces, sowie Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc, Immigrant.

36 Straube, Leben, S. 9 f. Vgl. auch Schiffauer, Migranten, wo es, S. 13, über die Zielsetzung der Arbeit ähnlich wie bei Straube heißt: »Anhand der intensiven Fallanalyse von fünf Personen […] soll aufgezeigt werden, wie die Erfahrung der

der Lebenswelt türkischer Migranten in der Bundesrepublik zweifellos unerlässlich ist, um die in der neuen Umgebung entwickelten Handlungsstrategien erklären zu können, so tendieren diese Untersuchungen zwangsläufig dazu, die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Koordinaten, die für die Migration und die Entwicklung des Einwanderungsprozesses mit ausschlaggebend waren, auszublenden. Die Fokussierung auf die Lebenswelt und Kultur der Migranten beinhaltet zudem die Gefahr, dass Konflikte zwischen Einwanderer- und Aufnahmegesellschaft vorschnell oder eindimensional auf mentalitätsbedingte und kulturelle Differenzen zurückgeführt werden.

Dass dieser methodische Einwand durchaus berechtigt ist, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass die kulturellen Differenzen zwischen Türken und Deutschen in der Vergangenheit durchaus geeignet waren, andere Konfliktursachen wie zum Beispiel die strukturell bedingte soziale Ungleichheit zwischen Migranten und Einheimischen zu verdecken. Das lässt sich insbesondere daran ablesen, dass die Normen und Wertvorstellungen der zumeist aus ländlichen Gebieten stammenden türkischen Migranten, die in einem deutlichen Kontrast zur individuell geprägten Lebensweise moderner Industriegesellschaften standen, sowohl in der Ausländerforschung als auch in der deutschen Öffentlichkeit seit Mitte der siebziger Jahre immer öfter als Beleg dafür herangezogen wurden, dass die Türken schlichtweg nicht integrationsfähig seien.[37]

Um die (bewusste oder unbewusste) Funktionalisierung kultureller Differenzen im Zuge der Einwanderung türkischer Migranten erfassen

Moderne zur Herausbildung von Bewusstseinsstrukturen führte, die sie ihren Vätern (und Brüdern) im Dorf haben fremd werden lassen.« Vgl. weiterhin Maurenbrecher, Erfahrung; Mıhçıyazgan, Wir haben uns vergessen; Wolbert, Migrationsbewältigung.
Zur wissenschaftsgeschichtlichen Erklärung der Anwendung ethnologischer Methoden in der Migrantenforschung sowie in den Sozialforschungen überhaupt vgl. Radtke, Lob, S. 85 f.: »Nachdem mit der Entkolonialisierung […] Ethnologie und Anthropologie ihre angestammten Betätigungsfelder verloren hatten, wurde die als Kritik am Strukturfunktionalismus formulierte Ethnomethodologie und Ethnotheorie breit rezipiert und das Fremde im alltäglich Normalen der eigenen Gesellschaft aufgedeckt […]. Mit dem Instrument der soziologisch reformulierten Phänomenologie […] sollte die Perspektive eingenommen werden, aus der die Gesellschaftsmitglieder selbst die Wirklichkeit erleben.«

37 Vgl. dazu auch die Kritik von Radtke, Fremde, S. 338, sowie Soysal, Workers, S. 221: »For example, to understand the integration process of Turks in German society, Islam and the Turkish village culture are studied, usually in a monolithic form; that is, migrant culture is reviewed as homogenous, undifferentiated, and static.«

zu können, ist es unabdingbar, die Perspektive sowohl in synchroner als auch diachroner Hinsicht auszuweiten und danach zu fragen, inwiefern die im Laufe dieses Prozesses aufgetretenen Konflikte tatsächlich kulturell bedingt waren oder inwiefern sie sich lediglich als solche manifestierten. Dieser Fragestellung liegt die Prämisse zugrunde, dass Ethnie und Kultur keine unveränderlichen, sondern wandelbare Kategorien sind, die es als Lebenspraxis und damit relational und funktional zu betrachten gilt. Dabei ist insbesondere der ab- und ausgrenzenden Funktion dieser Kategorien in Form von Selbst- und/oder Fremdzuschreibungen (zumeist kollektiver) kultureller Eigenschaften und Merkmale Rechnung zu tragen. Dieser Prozess wird in der vorliegenden Untersuchung in Anlehnung an jüngere Beiträge zur Migrationssoziologie als (Selbst- oder Fremd-)Ethnisierung bezeichnet, die – um mit Bommes/Scherr zu sprechen – »als ein Moment sozialer Auseinandersetzungen in modernen Gesellschaften« zu begreifen und »in Relation zu den ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen […], in denen solche Konflikte ausgetragen werden«, zu analysieren sind.[38]

Aus diesen methodischen Überlegungen und den geschilderten Leistungen und Defiziten der Forschung erklärt sich auch der Aufbau und die Quellenbasis dieser Arbeit. Um den Einwanderungsprozess in der langen Perspektive analysieren zu können, geht die Untersuchung chronologisch vor. Sie ist in vier größere Zeitabschnitte unterteilt, die sich klar voneinander abgrenzen lassen: Die erste Phase reicht vom Abschluss der deutsch-türkischen Anwerbevereinbarung im Oktober 1961 bis zur Rezession von 1966/67; der zweite Abschnitt umfasst die Jahre der Hochkonjunktur und der Massenanwerbung ausländischer Arbeitnehmer, die mit dem Anwerbestopp vom November 1973 zum Erliegen kam; die dritte Phase, die sich bis zum Ende der siebziger Jahre erstreckt, ist durch den beschleunigten Familiennachzug aus der Türkei in den Jahren nach dem Boom und die damit zusammenhängende »Konsolidierungspolitik«[39] gekennzeichnet; die vierte Phase schließlich wird durch die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der achtziger Jahre und die

38 Bommes/Scherr, Gebrauchswert, S. 292. Vgl. weiterhin Ganter, Ethnizität, S. 56 f., sowie insgesamt Radtke, Fremde; Miles, Racism; Bukow/Llaroya, Mitbürger; Bade (Hg.), Migration.

39 Die ausländerpolitische Zielsetzung einer »Konsolidierung« der Ausländerbeschäftigung wurde erstmals 1973 formuliert (vgl. dazu das am 6. Juni 1973 von der Bundesregierung verabschiedete »Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung« (abgedruckt in: Erfahrungsbericht 1972/73, S. 7)).

wachsenden gesellschaftlichen Abwehrreaktionen insbesondere gegen die türkischen Migranten markiert, die im Zuge des Rückkehrförderungsgesetzes allmählich nachließen.

Dass die zeitliche Gliederung dieser Arbeit weitgehend der klassischen Phaseneinteilung der bundesdeutschen Ausländerpolitik entspricht, ist nicht etwa dahingehend (miss) zu verstehen, dass der Politik, die ja in hohem Maße der konjunkturellen Entwicklung unterworfen war, Priorität eingeräumt werden soll.[40] Diese zeitliche Korrespondenz reflektiert vielmehr die enorme Abhängigkeit der Türkei und der türkischen Migranten von der wirtschaftlichen Lage und den ausländerpolitischen Entscheidungen der Bundesrepublik. Das lässt sich nicht zuletzt an den teilweise ausgesprochen heftigen Reaktionen ablesen, die die Rezession von 1966/67, der Anwerbestopp von 1973 oder die Einführung der Visumspflicht für türkische Staatsangehörige im Oktober 1980 in der türkischen Öffentlichkeit hervorriefen.[41] Gerade das letztgenannte Ereignis, das eine Reaktion auf die wachsende Zahl von Asylflüchtlingen im Vorfeld des Militärputsches in der Türkei im September 1980 darstellte, zeigt aber auch, dass die schwierigen Verhältnisse in der Türkei nicht zu unterschätzende Rückwirkungen auf die bundesdeutsche Ausländerpolitik hatten.

Im Rahmen der oben skizzierten Zeitabschnitte analysiert das Buch jeweils drei Ebenen, nämlich erstens die Arbeitswelt der türkischen Migranten beziehungsweise ihre Stellung auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt, in den Betrieben sowie ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, zweitens die bundesdeutsche und die türkische Ausländer- respektive Migrationspolitik sowie drittens die soziale und gesellschaftliche Dimension des Einwanderungsprozesses, zu der insbesondere die Entwicklung und Ausdifferenzierung der türkischen Einwanderergesellschaft, ihre Interaktion mit der bundesdeutschen Gesellschaft sowie deren Reaktionen auf den Einwanderungsprozess zu zählen sind.

Die enge Verflechtung dieser drei Bereiche spiegelt sich in der Anlage der Arbeit darin wider, dass zentrale Ereignisse und Entwicklungen auf einer dieser Ebenen im Zusammenhang mit den anderen beiden Ebenen analysiert werden. Zur Illustration sei auf den Kölner Fordstreik verwiesen, der – anders als bei Kleff und Geiger – nicht nur im Hinblick auf seine strukturellen und innerbetrieblichen Ursachen, sondern auch auf seine Konsequenzen für die Wahrnehmung der türkischen Migranten in

40 Zur näheren Charakterisierung der Phaseneinteilung der bundesdeutschen Ausländerpolitik vgl. die Übersicht bei Treibel, Engagement, S. 20.

41 Vgl. Hunn, Beziehungen, S. 165-170, sowie Abkühlung, S. 340 u. 342.

der Öffentlichkeit hin untersucht wird.[42] Letzteres gilt auch für die vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in die Kritik geratenen privaten Koranschulen, deren Entstehung und Verbreitung unmittelbar damit zusammenhing, dass es die türkische und bundesdeutsche Regierung nicht vermochten, die religiöse Erziehung türkischer Kinder sicherzustellen.

Für die Auswahl der auf den einzelnen Ebenen untersuchten Ereignisse und Fallbeispiele waren in erster Linie deren Relevanz und Repräsentativität maßgebend. Was beispielsweise die wirtschaftliche Ebene betrifft, so werden entsprechend der sektoralen Verteilung türkischer Arbeitnehmer die Wirtschaftsbereiche Bergbau und Metallindustrie im Mittelpunkt stehen. Während die Türken im Bergbau mit Abstand den größten Anteil an den ausländischen Beschäftigten ausmachten, bildete die Metallindustrie diejenige Branche, in der absolut gesehen die meisten türkischen Arbeitskräfte beschäftigt waren.[43] Mit dieser Auswahl werden zudem zwei im Hinblick auf die innerbetriebliche Funktion der türkischen Arbeitnehmer tendenziell voneinander verschiedene Branchen in den Blick genommen. Im Bergbau, der schon seit Mitte der fünfziger Jahre in hohem Maße auf ausländische Beschäftigte angewiesen war, kam den türkischen Arbeitskräften sehr viel weniger die Rolle einer »konjunkturellen Reservearmee« zu als in der konjunkturanfälligen Metallindustrie. Dieser Umstand ermöglicht es, den Zusammenhang zwischen der (In-)Stabilität des Beschäftigungsverhältnisses und der sozialen Lage der Arbeitsmigranten zu erörtern.

Ein weiterer Vorteil dieser Branchenauswahl besteht darin, dass die für diese beiden Wirtschaftsbereiche zuständigen Gewerkschaften, also die IG Bergbau und Energie sowie die IG Metall, in ihrem gewerkschaftlichen Selbstverständnis stark differierten. Im Gegensatz zur IGBE, die eher den rechten Flügel des DGB repräsentierte, vertrat die auf dem linken Flügel angesiedelte IG Metall einen dezidiert politischen Anspruch.[44] Die Frage, inwiefern diese unterschiedlichen Orientierungen einen Einfluss auf die Ausländerarbeit der beiden Organisationen hatten und inwieweit sich dieser in der betrieblichen Interessenvertretung der türkischen Arbeitnehmer niederschlug, kann Rückschlüsse darauf zulas-

42 Vgl. Kleff, Bauern, S. 150-159; Geiger, Herkunftsbedingungen, S. 178-195.

43 Vgl. dazu die von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen Erfahrungsberichte von 1961-1972/73 sowie Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., Essen, 25.10.1991, AfsB, IGBE A (Org) 18, M 3.

44 Vgl. dazu Geers, Interessenvertretung, S. 5 und 8.

sen, welchen Stellenwert die von den Gewerkschaften vorgegebenen Rahmenbedingungen und vertretenen Positionen für die betriebliche und damit auch gesellschaftliche Integration der Migranten besaßen. In diesem Zusammenhang kommt vor allem dem DGB eine große Bedeutung zu, der – nachdem er sich Ende der sechziger Jahre von der »Hypothese vom Provisorium der Ausländerbeschäftigung« verabschiedet hatte[45] – zu den wichtigsten gesellschaftlichen Akteuren auf dem Gebiet der Ausländer-(beschäftigungs-)politik zählte.

Zur Untersuchung der Beschäftigungssituation der türkischen Arbeitnehmer werden neben der vorgestellten Literatur in erster Linie gewerkschaftliche und betriebliche Akten herangezogen. Hinsichtlich der Quellenbasis besteht allerdings insofern ein gewisses Ungleichgewicht, als sich die Situation der im Bergbau beschäftigten Türken dank der Existenz des Bergbau-Archivs in Bochum sehr viel unproblematischer erforschen lässt, als dies – möchte man sich nicht auf einen bestimmten Betrieb beschränken – für die Metallindustrie möglich ist.[46] Für diesen Bereich wurden vor allem die IG-Metall-Akten im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) und die entsprechenden Bestände des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration aus der Türkei (DOMiT) ausgewertet. Eine wichtige Ergänzung stellen publizistische Quellen dar, die für die Rekonstruktion und Analyse von Arbeitskonflikten sowie für die Untersuchung der betrieblichen Auswirkungen konjunktureller Krisen und ausländerpolitischer Maßnahmen eine unverzichtbare Materialgrundlage bilden. Aufschluss über die gewerkschaftliche Organisation und Integration türkischer Arbeitnehmer bieten außer den IG-Metall-Akten die im Archiv für soziale Bewegung (AfsB) in Bochum untergebrachten Aktenbestände der IGBE sowie die ebenfalls im AdsD untergebrachten DGB-Akten.

Die Entwicklung der bundesdeutschen Ausländer-(beschäftigungs-)politik wird auf der Basis der vorliegenden Literatur, einschlägiger Parlamentsdebatten, der Presseberichterstattung, der Akten der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundesarbeits- und Bundesinnenministeriums sowie des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Der Schwerpunkt der Darstellung und Analyse liegt auf denjenigen (ausländer-)politischen Maßnahmen, die für die türkischen Arbeitnehmer besonders gravierende Folgen hatten oder als besonders diskriminierend empfunden wurden. Im Hinblick auf

45 Anagnostidis, Gewerkschaften, S. 117.

46 Zum Bergbau-Archiv vgl. die hilfreiche Bestandübersicht von Kroker, Bergbau-Archiv.

die Entwicklung der Ausländer-(beschäftigungs-)politik ist zudem von Interesse, welche Positionen die Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände, allen voran die Arbeiterwohlfahrt, die für die soziale Beratung und Betreuung der türkischen Arbeitnehmer zuständig war, auf diesem Gebiet vertraten und inwiefern sie versuchten, etwa im Rahmen der institutionalisierten Zusammenarbeit mit den Ministerien, Einfluss auf die staatliche Politik zu nehmen.[47]

Die bundesdeutschen Ministerialakten, darunter vor allem die Akten des Auswärtigen Amtes, geben zumindest indirekt auch Aufschluss über die Entwicklung und die Zielsetzungen der türkischen Migrationspolitik sowie darüber, warum sich die türkische Regierung trotz der enormen wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeitskräfteentsendung so schwer damit tat, auf diesem Gebiet initiativ zu werden und eine realistische Perspektive zu entwickeln. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang auch die im DOMiT vorhandenen Publikationen des türkischen Arbeitsministeriums und der diesem untergeordneten, 1972 gegründeten Generaldirektion für Probleme der im Ausland lebenden Arbeiter *(Yurtdışı İşçi Sorunları Genel Müdürlüğü; YİS)*.[8] Darüber hinaus stützt sich die Darstellung und Analyse der türkischen Migrationspolitik vor allem auf die türkische Zeitungsberichterstattung, der sich nicht zuletzt auch entnehmen lässt, wie die ausländerpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung in der türkischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.[49] Eine zusätzliche Quelle bilden die Unterlagen des 1971 eingerichteten türkischen Büros im Referat Ausländische Arbeitnehmer beim DGB-Bundesvorstand, die einen Eindruck davon vermitteln, wie sich die türkischen Konsulate gegenüber den im Ausland lebenden Migranten verhielten.

47 Diese Kooperation fand vor allem im Rahmen des 1965 im BMA eingerichteten Koordinierungskreises Ausländische Arbeitnehmer sowie im wohl Ende 1963 gegründeten und bis 1969 existierenden, im BMI angesiedelten Arbeitskreis Soziale Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland statt (vgl. Manfrass, Beziehungen, S. 261, sowie Schönwälder, Einwanderung, S. 308 f.).

48 Zur Generaldirektion vgl. Akre, Structures, S. 193 f.

49 Ausgewertet wurden im Wesentlichen die linksliberale *Milliyet*, die sozialdemokratisch orientierte *Cumhuriyet*, die liberalkonservative *Hürriyet* sowie die rechtskonservative *Tercüman*, die in etwa das politische Spektrum abdecken und für den untersuchten Zeitraum die auflagenstärksten und/oder einflussreichsten Zeitungen darstellen. Zur näheren Charakterisierung vgl. Karacabey, Tageszeitungen, S. 10 und 25-27; Binswanger, Stimme, S. 307 f.; Özak, Hürriyet, S. 68 f., sowie Durgut, Deutschland, S. 113-118.

Um die soziale und gesellschaftliche Dimension des Einwanderungsprozesses erfassen zu können, gilt es, den Blick in erster Linie auf die Lebenswirklichkeit der türkischen Migranten zu richten. Mit welchen Problemen sahen sie sich konfrontiert, wie reagierten sie darauf und welche Strategien entwickelten sie, um ihre Lage zu verbessern? Inwieweit wurden sie dabei von den mit ihrer Beratung und Interessenvertretung beauftragten Stellen, also den Gewerkschaften, der Arbeiterwohlfahrt und den türkischen Konsulaten unterstützt? Zur Beantwortung dieser Fragen greift die Untersuchung neben den Gewerkschaftsakten vor allem auf die Bestände des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO), auf Interviews und biographische Berichte sowie ebenfalls auf die türkische Presseberichterstattung zurück. Entsprechend der großen Aufmerksamkeit, die die Möglichkeit einer Beschäftigung in der Bundesrepublik in der türkischen Öffentlichkeit erfuhr, berichteten türkische Zeitungen seit den frühen sechziger Jahren regelmäßig über die Lebensbedingungen und Schwierigkeiten der türkischen Auslandsarbeiter. Teilweise kamen diese darin auch selbst zu Wort, etwa in Form von Leserbriefen oder im Rahmen von Reportagen.[50] Das war vor allem seit Anfang der siebziger Jahre der Fall, als die Zeitungen *Tercüman*, *Milliyet* und *Hürriyet* die Bundesrepublik als neuen Markt entdeckten, Deutschlandredaktionen eröffneten und in der Folge einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Meinungsbildung der türkischen Migranten erlangten.[51] Was deren subjektive Perspektive betrifft, so kann auch auf einige Publikationen neueren Datums verwiesen werden, in denen unter anderem in Bremen, Hamburg, Stadtallendorf und Lörrach lebende Migrantinnen und Migranten von ihren Erfahrungen berichten; daneben sind die in Auszügen auch veröffentlichten Interviews des DOMiT zu erwähnen, die im Vorfeld der 1998 im Essener Ruhrlandmuseum präsentierten Ausstellung *Fremde Heimat* aufgezeichnet wurden.[52] Auch wenn die Verwendung

50 Vgl. dazu auch die zuerst als Artikelserie in der *Milliyet* erschienene Veröffentlichung von Füruzan, Logis, die weitgehend auf Gesprächen beruht, die die Autorin Mitte der siebziger Jahre mit im Ruhrbergbau beschäftigten Türken geführt hat. Genauso wie die Darstellung von Gür, Heimat, die auf im Jahre 1984 geführten Einzelgesprächen mit türkischen Arbeitsmigranten in Bergkamen beruht, ist diese Publikation allerdings sehr subjektiv gefärbt.

51 Vgl. dazu die Literaturangaben in Anm. 49.

52 Vgl. Çil, Anfänge; Richter, Gekommen; Seibel-Erdt/Şöhret, Nicht ganz hier; Bürgel/Moehring/Schubert (Hg.), Zwischen zwei Welten; Tepecik, Situation; Jamin, Migrationserfahrungen; Bultan, Folgen; Türköz, Erinnerungen.

dieser biographischen Quellen wegen der Dreidimensionalität von historischem Ereignis, subjektivem Erlebnis und nachträglich deutender Erinnerung methodologisch problematisch ist, so sind sie als Ergänzung und Korrektiv zu den doch überwiegend von deutschen Akteuren produzierten zeitgenössischen Quellen unverzichtbar. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich weitgehend auf die Auswertung dieser bereits vorliegenden Interviews, die nicht zuletzt auch Aufschluss über die soziale und politische Binnendifferenzierung der türkischen Einwanderergesellschaft geben.[53]

Was die Wahrnehmung der türkischen Migranten seitens der Aufnahmegesellschaft betrifft, so stützt sich die Arbeit vor allem auf die bereits genannten betrieblichen und gewerkschaftlichen Akten, die Einblick in die Beziehungen und Konflikte zwischen Deutschen und Türken am Arbeitsplatz geben, sowie auf die Berichterstattung insbesondere in populären überregionalen Zeitschriften und Zeitungen.[54]

Wie bereits erwähnt, bildet der Abschluss der deutsch-türkischen Anwerbevereinbarung vom Oktober 1961 den Ausgangspunkt dieser Untersuchung. Da sie sich in mancherlei Hinsicht von den zuvor geschlossenen Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien und Griechenland unterscheidet und zudem bereits im Sommer 1964 in wichtigen Punkten revidiert wurde, werden ihr Zustandekommen und ihre Neufassung zu Beginn des ersten Kapitels einer detaillierten Analyse unterzogen. Im Anschluss daran richtet sich der Blick auf die Zielgruppe dieses Abkommens, also auf die türkischen Migranten. Welche Motive veranlassten sie dazu, sich um einen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik zu bewerben, und wie genau gestaltete sich das Auswahlverfahren, das sie – sofern sie die zwischenstaatlich geregelte Vermittlung in Anspruch nahmen – zu durchlaufen hatten? Danach konzentriert sich die Untersuchung auf die Aufnahmestrukturen und die Erfahrungen der ersten türkischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik sowie auf die Probleme, mit denen sie sich konfrontiert sahen. Inwiefern hingen diese mit ihrer Herkunft und Kultur zusammen, und

53 In Ergänzung dazu wurden Interviews mit einem deutschen und einem türkischen Mitarbeiter der AWO sowie mit drei türkischen Migranten geführt, die primär dazu dienten, einige offene Sachfragen zu klären. Zur Problematik der Verwendung und Auswertung biographischer Quellen vgl. Rosenthal, Lebensgeschichte.

54 Zu den bereits vorliegenden Untersuchungen zur Presseberichterstattung über Ausländer vgl. den kurzen Literaturüberblick bei Schönwälder, Einwanderung, S. 23.

wie reagierten sie selbst und die mit ihrer Beschäftigung und sozialen Beratung und Betreuung befassten Stellen darauf? Den Schlusspunkt des ersten Kapitels bildet die Rezession von 1966/67, die nicht nur im Hinblick auf die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik, sondern auch der Türkei eine wichtige Zäsur darstellt.

Das zweite Kapitel untersucht die weitreichenden Veränderungen, die aus der Massenanwerbung türkischer Arbeitnehmer, aus dem an Umfang gewinnenden Familiennachzug sowie aus der wachsenden Zahl illegal zugewanderter türkischer »Touristenarbeiter« resultierten. Charakteristisch für diesen Zeitabschnitt ist die beschleunigte Herausbildung einer türkischen Infrastruktur und die auch politische Ausdifferenzierung der türkischen Migrantenbevölkerung. Parallel zu dieser Entwicklung setzte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit allmählich eine skeptischere Bewertung der Ausländerbeschäftigung ein, die 1972/73 zu der Einschätzung führte, dass die »Aufnahme-« und »Integrationsfähigkeit« der Bundesrepublik an ihre Grenzen geraten sei. Im Mittelpunkt der Analyse steht unter anderem die Frage, inwieweit dieser Meinungswandel mit der Vernachlässigung der sozialen Dimension der Ausländerbeschäftigung und mit der zunehmend sichtbaren Anwesenheit einer von den Deutschen in kultureller Hinsicht verschiedenen Bevölkerungsgruppe zusammenhing. Die veränderte Sichtweise der Ausländerbeschäftigung manifestierte sich nicht zuletzt darin, dass die Bundesregierung im November 1973 im Schatten der Ölkrise die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte stoppte. Diese einschneidende Maßnahme bietet sich wiederum dazu an, den Blick auf die innertürkische Debatte über die Auslandsmigration zu richten und das Verhältnis der Türkei zu ihren Auslandsarbeitern zu beleuchten.

Das dritte Kapitel setzt sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der veränderten konjunkturellen Lage für die türkischen Migranten in den Jahren nach dem Anwerbestopp auseinander. Welchen Problemen sahen sie sich gegenüber, und welche Strategien entwickelten sie zur Verbesserung ihrer Situation? Darüber hinaus verdienen in dieser Phase der Einwanderung zwei Punkte besondere Aufmerksamkeit, nämlich zum einen die Tatsache, dass die Migranten im Zuge des beschleunigt voranschreitenden Familiennachzugs größeren Wert auf die Bewahrung ihrer Kultur und Religion zu legen begannen, und zum anderen die weiter voranschreitende Politisierung unter den Migranten, die einen Reflex auf die innenpolitischen Zuspitzungen in der Türkei darstellte. Hier ist danach zu fragen, wie beide Entwicklungen miteinander zusammenhingen und wie diese ihr Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft beeinflussten.

Das vierte und letzte Kapitel wendet sich der Zeitspanne vom Beginn bis in die Mitte der achtziger Jahre zu. Kennzeichnend für diese Phase sind vor allem drei Faktoren: Erstens die zu Beginn des Jahrzehnts kurzfristig in die Höhe schnellende Zahl von Asylbewerbern, zweitens die wachsende Arbeitslosigkeit in der Folge der zweiten Ölpreiskrise und des beschleunigten wirtschaftlichen Strukturwandels sowie drittens und eng damit zusammenhängend das Aufkommen einer primär gegen die Türken gerichteten Ausländerfeindlichkeit. Das Kapitel unternimmt es, den komplexen Zusammenhang zwischen den politischen und gesellschaftlichen Problemlagen, dem allenthalben konstatierten »Türkenproblem« und den in einem bis dahin nicht gekannten Maße zutage tretenden Abwehrreaktionen gegen die Türken zu analysieren. Darüber hinaus wird danach gefragt, wie sich die damalige Ausländerfeindlichkeit und der Versuch, durch die Zahlung staatlicher Rückkehrprämien die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zu senken, auf die Entwicklung und das Selbstverständnis der türkischen Einwanderergesellschaft ausgewirkt haben.

Der Schlussbetrachtung, in der die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst werden, folgt ein Ausblick auf den weiteren Verlauf des Einwanderungsprozesses bis zum Ende der neunziger Jahre. Darin werden die durchaus hoffnungsvollen Trends, die sich seit Mitte der achtziger Jahre abzeichneten, den teilweise schweren Rückschlägen und Konflikten gegenübergestellt und eine Bilanz der letzten zwei Jahrzehnte der Einwanderung aus der Türkei gezogen.

1. Anwerbung, Beschäftigung und Alltag türkischer »Gastarbeiter«: Erwartungen und Erfahrungen (1961-1966/67)

Die deutsch-türkische Anwerbevereinbarung

Die Vereinbarung über die *Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland* vom 30. Oktober 1961 kam nach einer rund einjährigen Phase von Sondierungen und Verhandlungen zwischen der bundesdeutschen und der türkischen Regierung zustande.[1] Sie war das Produkt vielfältiger und durchaus divergierender wirtschaftlicher und politischer Interessen. Darüber hinaus ist sie im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Anwerbevereinbarungen zu sehen, welche die Bundesrepublik seit Mitte der fünfziger Jahre sowohl mit europäischen als auch außereuropäischen Ländern schloss, nämlich mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968).[2]

Angesichts des akuten Arbeitskräftebedarfs, der damals in der Bundesrepublik herrschte, war es lange Zeit üblich, die Anwerbeabkommen mit den europäischen Vertragspartnern lediglich als arbeitsmarktpolitische Maßnahme zu betrachten. Eine Differenzierung dieser eindimensionalen Perspektive setzte mit der neueren historischen Forschung zur Gastarbeiterbeschäftigung in der Bundesrepublik ein. Die detaillierte Untersuchung dieser Anwerbeverträge führte zu dem Ergebnis, dass – ähnlich wie bei den wirtschaftlich eher unbedeutenden Abkommen mit Marokko und Tunesien – insbesondere auch außenpolitische Beweggründe eine Rolle für deren Zustandekommen spielten.[3]

Was die Anwerbevereinbarungen mit den beiden nordafrikanischen Staaten betrifft, so wurden sie in der Literatur schon immer als Sonderfälle betrachtet. Sie stellten Ausnahmen vom »Europäergrundsatz« dar, demzufolge aus Ländern außerhalb Europas keine größere Anzahl von

1 Regelung, S. 69-71.

2 Vgl. Bethlehem, Heimatvertreibung, S. 180 f.

3 Vgl. Hunn, Beziehungen, S. 147-150; Jamin, Anwerbevereinbarung, S. 69-82; Rieker, Heimat, S. 17-26; Schönwälder, Einwanderung, S. 251-257, 272 f., 343 f.; Steinert, Migration, S. 220-238, 290-310.